

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.35 Mk., bei Selbstabholung 1.25 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.05 Mk., für 1 Monat 1.35 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.) — Feldpost unter Kreuzband monatlich 1.35 Mk. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 18 008.

Anserte kosten die 7gespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Plakvorschrift 35 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4. — Mk. jedes Tausend, bei Teilaufgabe 5. — Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr. — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Ultimatum Rußlands an Rumänien

Prinzipielle Differenzen.

Herr von Kühlmann hat in den wieder aufgenommenen Kommissionsberatungen in Brest-Litowsk die schriftlich stizierten russischen Vorschläge scharf pointiert für unannehmbar erklärt. Damit ist, entgegen der amtlichen Formel, daß sich eine gewisse Annäherung der Parteien trotz grundsätzlicher Differenzen vollzogen habe, festgesetzt, daß zwischen den Ansichten der russischen Delegierten und den Delegierten der Mittelmächte eine Differenz besteht, die im Augenblick unüberbrückbar erscheint. Herr von Kühlmann hat ferner ausdrücklich hervorgehoben, daß er sich in engerer politischer Uebereinstimmung mit dem General Hoffmann befindet, und daß zwischen ihren Auffassungen keinerlei Zwiespalt bestehe. Man wird aus dieser Erklärung mehr herauslesen müssen, als den Versuch, das Bestehen innerer Gegensätze vor dem Verhandlungsgegner zu verhüllen. In der Tat geben die Gegenvorschläge, die Herr von Kühlmann den russischen Delegierten machte, allen Grund zu der Annahme, daß die Reichsleitung sich in engerer politischer Uebereinstimmung mit der obersten Heeresleitung befindet.

Diese Gegenvorschläge sind das Ultimatum der deutschen Regierung an die russischen Friedensunterhändler. Sie bilden, wie Herr von Kühlmann ausführte, den äußersten Rahmen, innerhalb dessen sie eine Verständigung noch für möglich hält. Die Sprache dieser Erklärungen weist auf die Schwere der Differenz hin. Die deutsche Regierung hält auf Grund dieses äußersten Programmes eine Verständigung noch für möglich. Aber es läßt sich nach den Kommissionsstungen vom 14. und 15. Januar nicht sagen, ob diese Verständigung zustandekommen wird. In entscheidenden Punkten ist bei der Besprechung der deutschen Vorschläge keine Uebereinstimmung erzielt worden. Diese Vorschläge wollen nach außen den Eindruck demokratischer Vorschläge wahren, in Wirklichkeit jedoch macht ihre undemokratische Natur bisher die Zustimmung der Russen unmöglich, wenn diese nicht von ihren Grundsätzen abgehen wollen.

Die erste Differenz trat zutage bei der Frage nach dem Zeitpunkt der Abstimmung in den besetzten Gebieten. Die russischen Delegierten verlangen, daß diese Abstimmung innerhalb eines bestimmten Zeitabschnittes nach dem Abschluß des Sonderfriedens zwischen Rußland und den Mittelmächten vorgenommen werden soll. Die deutsche Regierung jedoch will diese Abstimmung abhängig machen vom Zeitpunkt des allgemeinen Friedens. Sie will sie hinausgeschoben auf einen unbestimmten Termin. Von der Erwägung ausgehend, daß dadurch der freie und demokratische Charakter einer Abstimmung gefährdet sei, haben die Russen den deutschen Vorschlag abgelehnt. Eine Verständigung darüber ist nicht erreicht worden.

Eine andere nicht minder wichtige Differenz ergab sich bei den Beratungen über das Wesen der Abstimmung. Die deutsche Regierung will lediglich eine Abstimmung, deren Wesen konfirmierend ist, das heißt, eine Abstimmung, die nicht entscheiden soll über das Geschick der besetzten Gebiete, sondern die lediglich die von der deutschen Regierung als gültig angesehenen Entscheidungen jetzt bestehender Vertretungskörperschaften von zweifelhaftem Werte in den besetzten Gebieten bestätigen sollen. Die Russen dagegen fordern eine konstituierende Abstimmung, das heißt eine Abstimmung, deren Ergebnis an sich entscheidend und rechtsgültig sein soll, unabhängig von den Entscheidungen, die von andern Körperschaften bisher getroffen worden sind. Das ist ein prinzipieller Unterschied, der dadurch nichts von seiner Schärfe verliert, daß Herr von Kühlmann ausführte, daß er nach vollzogener Abstimmung eigentlich bedeutungslos werden würde. Jedoch, wenn eine Abstimmung gegen die Beschlüsse der Vertretungskörper in den besetzten Gebieten entscheiden würde, auf die sich die deutsche Regierung jetzt beruft, würde dann die deutsche Regierung diese Abstimmung als entscheidend ansehen? Die Tatsache, daß sie einer solchen Abstimmung lediglich bestätigenden Charakter beimißt, läßt erkennen, daß sie die Entscheidung der Vertretungskörper, auf die sie sich beruft, höher werten wird, wie das Ergebnis der Abstimmung. Wäre es anders, so würde sie nicht entschieden festhalten daran, daß eine Abstimmung in den besetzten Gebieten nur konfirmierend, nicht konstituierenden Charakter haben soll. Daraus geht aber hervor, daß eine Abstimmung, wie sie die deutsche Regierung zugestehen will, nicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker verwirklichen kann, sondern daß sie nichts ist, als eine Dekoration. Wird sie im Sinne der deutschen Regierung entscheiden, so wird ihr Er-

gebnis von ihr akzeptiert werden. Im entgegengesetzten Falle wird sie eben nur — konfirmierenden Charakter haben, das heißt, sie wird die Entscheidung der Vertretungskörper nach Ansicht der deutschen Regierung nicht rechtungsgültig machen, sondern diese wird dann den gegenwärtigen Zustand solange aufrechterhalten, als eine ihr zusagende Abstimmung erzielt ist. Diese Möglichkeit will sie sich unter allen Umständen offenhalten. Das raubt dem Zugeständnis einer Abstimmung allen Wert. Ganz abgesehen davon, daß noch keinerlei Klarheit darüber besteht, wie die deutsche Regierung sich den Modus einer solchen Abstimmung denkt.

Herr von Kühlmann hat erklärt, daß für die Abstimmung das höchstmögliche Maß von absoluter politischer Freiheit hergestellt werden soll, das mit den Umständen verträglich ist. Diese Einschränkung läßt allen Vermutungen Raum. Dazu kommt, daß die deutschen Gegenvorschläge keine direkte Volksabstimmung wollen, sondern das Botum einer repräsentativen Körperschaft für genügend halten. Demgegenüber stellen die Russen die Forderung des Referendums.

Diese Streitfragen in Verbindung mit der Frage, ob die besetzten Gebiete vor der Abstimmung jeder deutschen Einwirkung entzogen werden sollen, über die auch bisher noch keinerlei Uebereinstimmung erzielt worden ist, bezeichnen die Schärfe der Differenz, die auch in den Kommissionsverhandlungen nicht aus der Welt geschafft worden ist. Ihr Wesen besteht in der grundsätzlichen verschiedenartigen Auslegung des Begriffs: Selbstbestimmungsrecht der Völker. Herr von Kühlmann ist darin mit der obersten Heeresleitung vollkommen einig. Für sie ist die Entscheidung über das Geschick der besetzten Gebiete bereits gefallen. Daher das Bestehen auf dem lediglich sanktionierenden Charakter einer Abstimmung, daher die Äußerung des Generals Hoffmann, der eine Einmischung in die Verhältnisse dieser Gebiete abweist, daher die Aufwerfung der Frage durch Herrn von Kühlmann, mit welchem Rechtsgrund Rußland sich noch um das Geschick dieser Gebiete kümmern, nachdem es ihr Recht auf Lostrennung von Rußland anerkannt habe. Diese Auslegung des Begriffs Selbstbestimmungsrecht der Völker hat mit Demokratie nichts zu tun. Sie ist lediglich die Benennung dieses Begriffs zum Zwecke der Herbeiführung verhängter Annexion. Daran ändert die Tatsache nichts, daß Herr von Kühlmann erklärte, Deutschland und Oesterreich-Ungarn wollten diese Gebiete nicht einverleiben. Schließlich fällt nicht jede Annexion unter das Wort Einverleibung.

Diese undemokratische Auslegung des Selbstbestimmungsrechts der Völker findet nicht nur den Beifall der Alldeutschen, sondern auch der bürgerlichen Mehrheitsparteien in Deutschland, und die Frankfurter Zeitung leistet es sich, die Auslegung des Herrn von Kühlmann eine „ehrliche demokratische Auslegung“ zu nennen, über die er nicht hinwegzugehen brauche bis zur Anerkennung der Forderung des Ultrazialismus. Der „glänzende Sieg“, den die Demokratie nach Anschauung der Frankfurter Zeitung mit der Erklärung der Mittelmächte erfochten hat, ist allerdings bezeichnend dafür, wie die Demokratie sich in den Augen der Frankfurter Zeitung und ihrer Freunde maßt.

Die Kommissionsverhandlungen in Brest-Litowsk werden weitergeführt. Noch sind Punkte zu verhandeln, bei denen noch prinzipielle Differenzen hervortreten können. Anzeichen für die Möglichkeit einer Einigung, die nur herbeizuführen ist, wenn der politische Wille der einen oder der andern Partei zerbrochen wird, sind bisher nicht gegeben. In dieser Situation aber hat das deutsche Proletariat nicht die Möglichkeit, durch die Stimme seiner berufenen Vertreter seine Ansicht von der Tribüne des Parlamentes herab zur Geltung zu bringen. Jene halbvertraulichen Sitzungen der Budgetkommission des Reichstags haben nichts von Demokratie an sich. Sie sind nicht der Ort wo die Vertreter des Proletariats offen im Namen ihrer Auftraggeber zur Regierung sprechen können so daß man sie innerhalb und außerhalb der Grenzen hört. Fast scheint es, als sollte durch die Hinausschiebung der Zusammenberufung des Menus des Reichstags den Vertretern des klassenbewußten Proletariats im Interesse der Regierung wie der bürgerlichen Parteien und nicht zuletzt der Regierungssozialisten diese Möglichkeit absichtlich nicht gegeben werden. Wie soll der Friede der Völkerverständigung und der Demokratie zustandekommen, wenn die Stimme des klassenbewußten Proletariats entgegen aller Demokratie unterdrückt ist?

Während der Vorwärts und zugleich dessen Hauptstiftleiter, Herr Stampfer, in seiner Korrespondenz für die Provinzpresse immer noch den Kopf in den Sand steckt und nicht sehen möchte, was die deutsche Regierung in Brest-Litowsk zu erreichen versucht, beginnen sich doch einige regierungssozialistische Blätter zu der Erkenntnis dessen durchzurufen, was eigentlich auf dem Spiele steht. So schreibt die Frankfurter Volksstimme:

Längst ist der Reichstagsbeschluss vom 19. Juli ein ausgeblauenes Ei. Nicht darum ging in den Besprechungen, die Kaiser und Kronprinz, Hertling und Hindenburg gefern abhielten, der Streit, ob wirklich keine, auch keine verdeckte Annexion erfolgen, vielmehr reinlich das Selbstbestimmungsrecht der Völker entscheiden soll. Sondern Maß und Form der Annexionen ist Gegenstand des innerpolitischen Ringens! Es soll ameliert werden. Auch im Osten. Auch nach Kühlmanns Willen. Starr und fest bleibt die Verbandsdelegation dabei: die Abtrennung der besetzten Gebiete ist entschieden. Was händische Vertretungen und zur Selbstverwaltung unter deutscher Aufsicht bestellte Leute beschließen haben, das soll als Willensausdruck der Völker gelten, ein Wille, der festliegt und weiterwirkt und nur eine Art Revision, nicht die Neuaufnahme des Verfahrens zuläßt.

Auch die Frankische Tagespost verzeichnet, daß die deutsche Vaterlandspartei Erfolge buchen könne; sie habe die Genugtuung, daß in Brest-Litowsk mehr in ihrem Geiste als in dem der Beschlüsse des Reichstags verhandelt werde. Das Blatt schreibt:

Man hat das Programm, einer Frieden ohne Annexionen zu schließen, verlassen, man will nur äußerlich und mit völlig unzulänglichen Mitteln das Selbstbestimmungsrecht der Völker zum Ausdruck bringen, aber tatsächlich doch diesen Völkern keine freie Wahl lassen, sondern ihr Schicksal so gestalten, wie man es in den Staatskanzleien und Heeresleitungen des Deutschen Reichs und Oesterreich-Ungarns wünscht. Polen soll dann an Oesterreich-Ungarn angegliedert werden und Voland und Aurland an das Deutsche Reich. Dabei denkt man sich eine entscheidende Einflußnahme von Wien und Berlin auf das Schicksal dieser von dem künftigen Ostropa abgelösten Gebiete, ohne daß diese Gebiete einen Einfluß ausüben sollen auf die Verhältnisse Deutschlands.

Einige andere abhängige Blätter richten besagte Fragen an die Regierung, wohin der Kurs gehe und sprechen Befürchtungen über die Folgen der deutschen Friedenspolitik aus. Wir haben nicht die Hoffnung, daß die Regierungssozialisten insgesamt endlich einsehen werden, wohin sie die Politik ihrer Führer geführt hat und wie sehr diese Politik das Zustandekommen des Friedens gefährdet hat und immer weiter gefährdet.

Kriegsjanaren im preußischen Abgeordnetenhaus.

Aus dem preußischen Abgeordnetenhaus wird uns vom 16. Januar geschrieben:

Der neue preußische Finanzminister Hergt benutzte heute den formalen Akt der Einbringung des Etats dazu, um Siegesjanaren und Drohungen gegen die Entente Staaten in die Welt zu schmettern, wie sie dem Munde eines Regierungsmannes bei uns seit geraumer Zeit nicht mehr entflohen sind. Es ist ja recht hübsch, wenn die Männer des neuen Regimes, das von der Rechten als kryptoparlamentarisch denunziert worden war, so frisch von der Leber weg sprechen und urbi et orbi mit Gewalt die Erkenntnis einbläuen, daß sie in bezug auf imperialistische Vertriegenheiten um kein Haar anders und besser sind, als ihre Vorgänger. Auch der vernageltste Philister kann sich solchen Bekennnissen gegenüber nicht mehr auf den guten Glauben berufen. Ein anderes freilich ist es, ob solche Reden von besonderer staatsmännischer Klugheit zeugen. Allzuviel böse Erfahrungen der letzten Jahre hätten einen vor- und weitsichtigen Mann warnen müssen. Herr v. Bethmann Hollweg hat das erfahren und mit seinem Sturze büßen müssen, und nicht minder bittere Erfahrungen haben Lloyd George und andere machen müssen. Und wir glauben, daß es Herrn Hergt nicht anders ergehen wird, als den Siegespropheten diesseits und jenseits der deutschen Grenzpfähle. Denn der Weltkrieg ist ein zu riesenhaftes Abenteuer, allzu abhängig von tausend militärischen, politischen und sozialen Momenten, als daß sich sein Verlauf so glatt und daher im voraus berechnen ließe.

Herr Hergt sieht auch das russische Friedensproblem bereits im Sinne der kühnsten Hoffnungen unserer Alldeutschen gelöst. Schon heute preist er die „weltgeschichtliche Bedeutung der Sonderfriedens-Verhandlungen mit Rußland“ und verkündet er erloschener: „Der Friede ist auf dem